

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Netzwerk Grundeinkommen anlässlich der Bundestagswahl 2017



1. Wie steht Ihre Partei zum Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien*) des Netzwerks Grundeinkommen?

Wir haben uns intensiv mit der Idee des Grundeinkommens beschäftigt. Viele der grünen Forderungen von der Kindergrundsicherung bis zur Garantierente wurden auch von dem Vorschlag eines Grundeinkommens beeinflusst.

Wie in Zeiten der Digitalisierung und der alternden Gesellschaft zukünftig die soziale Sicherung solidarisch, nachhaltig und armutsfest organisiert werden kann, ist eine der großen Zukunftsfragen. Wir wollen notwendige Reformen und verschiedene Reformvorschläge inklusive des Grundeinkommens in der Gesellschaft diskutieren und brauchen Antworten auf bisher nicht geklärte Fragen. Dabei wollen wir auch Erfahrungen aus anderen Ländern berücksichtigen und das Grundeinkommen in einem Modellprojekt erproben.

Wir setzen uns zudem für eine Grundsicherung ein, die das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleistet und die einfach und zuverlässig wahrgenommen werden kann.

Unsere Position zu den 4 Kriterien:

- 1) Wir kritisieren an der bestehenden Grundsicherung das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften. Das benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit. Deshalb wollen wir die Grundsicherung zu einer individuellen Leistung weiterentwickeln.
- 2) Es spricht viel dafür, dass ein BGE nur zusammen mit einer Anpassung des Steuer- und Sozialsystems eingeführt werden könnte. Hier sind aus unserer Sicht noch viele offene Fragen zu diskutieren und zu klären, insbesondere die Frage, ob ein Grundeinkommen vollkommen unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen des Haushaltes / der Person gezahlt werden kann und sollte.
- 3) Wir wollen auch in der bestehenden Grundsicherung die Rechte der Leistungsberechtigten stärken und nicht auf Sanktionen, sondern auf Motivation, Anerkennung und Beratung setzen. Daher wollen wir die Sanktionen abschaffen.
- 4) Eine Mindestsicherung muss die Existenz zuverlässig sichern und Teilhabe ermöglichen. Wenn ein Grundeinkommen in der Lage sein soll zumindest steuerfinanzierte Sozialleistungen (teilweise) zu ersetzen, dann muss die Höhe so bemessen sein, dass in der Regel dieser Bedarf gedeckt wird. Mit der Höhe der heutigen Grundsicherung ist das nicht der Fall, deshalb müssen ALG-2-Regelsätze inklusive der Kinderregelsätze neu berechnet und erhöht werden.

2. Welche Ihrer Meinung nach mit der Einführung des Grundeinkommens verbundenen weiteren Reformen strebt Ihre Partei an?

Es spricht viel dafür, dass ein BGE nur zusammen mit einer Anpassung des Steuer- und Sozialsystems eingeführt und finanziert werden könnte. Hier sind aus unserer Sicht noch viele offene Fragen zu diskutieren und zu klären, beispielsweise, welche bestehenden Leistungen teilweise oder vollständig entfallen könnten.

3. Will und wie will Ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland befördern?

Wir wollen eine breite gesellschaftliche Debatte zur Zukunft der sozialen Sicherung vorantreiben und Fragen von einer Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das gesellschaftliche

Teilhabe ermöglicht, über die Frage einer Wertschöpfungsabgabe bis hin zu institutionellen Reformen der Sicherungssysteme in den Blick nehmen.

4. Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, in der Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens diskutiert werden? Ist Ihre Partei bereit, Bürgerschaftsforen und -konvente anlässlich der Enquete-Kommission zum Grundeinkommen zu unterstützen, und somit eine breite Öffentlichkeit in die gesellschaftliche Diskussion über das Grundeinkommen einzubeziehen?

Wir haben uns bereits in der zurückliegenden Wahlperiode für die Einsetzung einer Enquete-Kommission eingesetzt. Wir setzen uns für eine breite gesellschaftliche Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherung ein.

5. Wie stehen Sie zur Forderung, die Einführung des Grundeinkommens in Deutschland mit einem bundesweiten Volksentscheid zu verbinden? (Was natürlich voraussetzt, dass dieser möglich ist.)

Demokratie lebt vom Vertrauen in die Wählerinnen und Wähler, deshalb wollen wir Elemente direkter Demokratie in der Bundespolitik stärken. Wir wollen Volksentscheide im Grundgesetz verankern und direktdemokratische Beteiligung auf allen Ebenen stärken. Die Frage eines Volksentscheids zum Grundeinkommen haben wir nicht diskutiert.

6. Das Europäische Parlament hat sich in zwei Entschlüssen wie folgt zum Grundeinkommen in der EU geäußert:

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (2008/2034(INI)): Das Europäische Parlament „fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.“

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI)): Das Europäische Parlament „ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen, und individuell verschiedenen Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger (...) bejahen.“ Das Europäische Parlament „fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden.“

a. Welche Positionen nimmt Ihre Partei zu diesen Forderungen des Europäischen Parlaments ein?

b. Welche Aktivitäten haben Ihre Partei bzw. Ihre Abgeordneten zur Umsetzung dieser Forderungen unternommen?

Wir stimmen mit dem Europäischen Parlament überein in dem Ziel, Armut und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen und haben entsprechende Vorschläge für eine Reform der Grundsicherung in unserem Programm und auch im Bundestag vorgelegt. So fordern wir u.a., dass der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II so berechnet und erhöht werden muss, dass man menschenwürdig davon leben

kann, sowie soziale und kulturelle Teilhabe möglich ist.

Viele unserer Vorschläge - von der Kindergrundsicherung bis zur Garantierente - wurden auch von dem Vorschlag eines Grundeinkommens beeinflusst. Diese hat unsere Fraktion auch in den Deutschen Bundestag eingebracht. Auf Parteitag und Konferenzen diskutieren wir häufig und öffentlich über das Grundeinkommen und damit verbundene Fragen sowie Forderungen wie die Kindergrundsicherung und die Garantierente.

7. Das Grundeinkommen wird als Menschenrecht diskutiert, das, wie alle Menschenrechte, allen Menschen bedingungslos zusteht.

a. Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen für alle Menschen, das die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe auf dem jeweiligen nationalen Niveau sichert?

Die Agenda 2030 von New York und das Klima-Abkommen von Paris haben einen Aufbruch mit klaren Zielen versprochen – und zwar für alle Länder, unabhängig von ihrem Entwicklungsstatus: Hunger und Armut weltweit abzubauen, Wohlstand gerechter zu verteilen und so zu wirtschaften, dass unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Dafür braucht es endlich ein kohärentes Handeln im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele.

In Europa herrscht noch ein enormes Wohlstands- und Einkommensgefälle. Wir wollen erreichen, dass die regionalen Unterschiede in den Lebensverhältnissen schrittweise reduziert werden. Es ist dringend notwendig, dass sich die soziale Situation der Europäerinnen und Europäer verbessert. Das gilt insbesondere in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in denen bislang keine oder nur eine lückenhafte, nicht existenzsichernde soziale Grundsicherung gewährleistet wird. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene für die Einführung von sozialen Mindeststandards sowie die Einführung von existenzsichernden Grundsicherungsleistungen in allen Mitgliedsstaaten und die Verabschiedung einer Mindesteinkommensrichtlinie einzusetzen, die die Rahmenbedingungen wie die jeweilige Mindesthöhe und die Eckpunkte der Ausgestaltung von Grundsicherungsleistungen in den Mitgliedstaaten regelt. Die konkrete Umsetzung wäre Aufgabe der Mitgliedstaaten.

b. Engagiert sich Ihre Partei für die Beförderung eines weltweiten Grundeinkommens? Wenn ja, wie?

Weltweit leben gut drei Viertel aller Menschen ohne jegliche Absicherung für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall und Alter. Dabei ist die Absicherung dieser Risiken ein grundlegender Baustein, um sozialer Ungleichheit zu begegnen und auch Entwicklung zu ermöglichen. Das Grundeinkommens-Projekt in Otjivero, Namibia, hat die Potentiale und vielfältigen positiven Wirkungen von universellen, bedingungslosen Sozialgeldtransfers gezeigt: sie können Einkommensungleichheit abbauen, Armut wirksam bekämpfen und die Menschen zu Initiative befähigen. Besonders in Entwicklungsländern sind an Bedingungen geknüpfte Sozialtransfers sehr schwer umsetzbar, bedingungslose „Social Cash Transfers“ können hier Abhilfe schaffen und ein Modell der Grundsicherung sein. Auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gilt es zu prüfen, ob weitere Modellprojekte zum bedingungslosen Grundeinkommen unterstützt werden können.

8. Unter dem Stichwort Digitalisierung deuten sich enorme Veränderungen in der Erwerbsarbeitswelt an.

a. Welche erwerbsarbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen und Instrumente werden in Ihrer Partei diskutiert und welche konkreten politischen Maßnahmen erachtet Ihre Partei als notwendig, um diesen Wandel im Sinne der Bedürfnisse der Menschen zu gestalten?

b. Welche Rolle könnte in dieser Hinsicht aus der Sicht Ihrer Partei das bedingungslose Grundeinkommen spielen?

Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Denn wir sehen viele Chancen und Möglichkeiten durch die Digitalisierung, die wir ergreifen wollen. Wir wollen neue, gute Jobs in neuen Arbeitsfeldern fördern. Wir wollen die ökologischen Möglichkeiten nutzen, die sich für die Energie- und Verkehrswende durch intelligente Steuerung, Automatisierung oder Vernetzung ergeben. Für all das werden wir die richtigen Weichen stellen. Wir wollen alle ermuntern und fördern, die den Mut haben, etwas Neues zu wagen. Und wir wollen diejenigen unterstützen, deren Arbeitsplätze oder deren Zukunft bedroht sind.

Die Digitalisierung wird wie jede technologische Revolution dafür sorgen, dass bestehende Tätigkeiten und Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen. Das ist für viele Menschen ein berechtigter Grund zur Sorge. Hier sind wir als Solidargemeinschaft gefragt. Wir wollen uns umso stärker aktiv für neue Jobs einsetzen. Wir werden unsere sozialen Sicherungssysteme auf diesen Wandel einstellen und ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Wir werden dafür sorgen, dass alle gute Bildung genießen können – und zwar ein Leben lang. So können wir es schaffen, dass die Digitalisierung zu einem Gewinn für unser Land wird.

9. Die bestehenden Grundsicherungssysteme sind in der Kritik.

a. Welche Änderungen bzw. Anpassungen (Höhe, Sanktions- und Repressionsfreiheit, Individualisierung der Leistung etc.) an bestehenden Grundsicherungen (SGB II / SGB XII) plant Ihre Partei?

Die Grundsicherung muss das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleisten. Das verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so berechnet und erhöht werden, dass man menschenwürdig davon leben kann, soziale und kulturelle Teilhabe möglich ist. Die Kinderregelsätze müssen sachgerecht ermittelt werden, damit alle Kinder wirklich teilhaben können. Für die Stromkosten wollen wir eine gesonderte Pauschale einführen und die Übernahme der angemessenen Wohnkosten sicherstellen. Auch unvermeidlich nötige größere Anschaffungen, wie Waschmaschinen, müssen möglich sein. Die Grundsicherung werden wir zu einer individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

Wir wollen, dass das Grundrecht auf Existenzsicherung einfach und zuverlässig wahrgenommen werden kann. Jobcenter sollen zu Dienstleistern der Arbeitsuchenden werden und kooperativ mit ihnen zusammenarbeiten. Wir stärken die Rechte der Leistungsberechtigten und setzen in der Grundsicherung nicht auf Sanktionen, sondern auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Daher wollen wir die Sanktionen abschaffen. Dies gilt insbesondere für die Sonderregeln für unter 25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft und Heizung. Gas- und Stromsperrungen müssen gesetzlich eingeschränkt werden. Diskriminierende Regelungen nur für Grundsicherungsbeziehende wollen wir streichen. Damit liegt der Fokus der Arbeitsvermittlung wieder darauf, Arbeitslose passgenau dabei zu unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung, Sozialberatung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. Es braucht zudem mehr Möglichkeiten, Konflikte ohne Prozess zu lösen. Dazu wollen wir sicherstellen, dass Eingliederungsvereinbarungen nicht durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden.

b. Wie steht Ihre Partei zur Auffassung des ehemaligen Leiters der Sektion Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dass der Sanktionsparagraf des SGB II (bekannt als Hartz IV) in Bezug auf Aufnahme einer Lohnarbeit ein völkerrechtswidriger Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit ist? Dazu (https://www.boeckler.de/pdf_fof/96400.pdf)

Nach den Regelungen des Sozialgesetzbuches, auch des SGB II, sind Arbeiten einerseits unter bestimmten Bedingungen zumutbar. Die Regelungen nach denen Arbeit als zumutbar betrachtet werden können, sind mit dem Begriff Zwangsarbeit aus unserer Sicht nicht zutreffend erfasst.

Bei Pflichtverletzungen kann die sozialstaatliche Unterstützung verloren gehen. Dazu gehört es auch,

wenn eine zumutbare Arbeit verweigert wird. Wie oben ausgeführt, sehen wir diese Praxis kritisch. Wir setzen in der Grundsicherung auf Anerkennung und Motivation, Sanktionen für Pflichtverletzungen halten wir nicht für sinnvoll und wollen wir abschaffen.

10. Welche konkreten Maßnahmen sieht Ihre Partei als notwendig an, um Kinder- und Altersarmut zu beseitigen?

a. Sieht Ihre Partei mit einer ausreichenden Grundrente für alle eine Chance, Armut im Alter abzuschaffen?

Wir wollen die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung ausbauen. In einem ersten Schritt wollen wir für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, ein Mindestniveau in der Rentenversicherung einführen. Diese Garantierente ist steuerfinanziert und die Höhe wird oberhalb der Grundsicherung liegen. Es findet keine Bedürftigkeitsprüfung statt und betriebliche und private Altersvorsorge wird nicht angerechnet.

b. Sieht Ihre Partei mit einem jedem Kind zustehenden, ausreichenden Grundeinkommen eine Chance, Kinderarmut abzuschaffen?

Ja, eine Leistung für Kinder, die deren Bedarf deckt, kann aus unserer Sicht einen großen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut leisten. Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein großes Reformpaket, das zahlreiche Schwachstellen bei der Familienförderung angeht und einen großen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut leistet. Mit zwölf Milliarden Euro wollen wir Familien entlasten. Für uns ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein prioritäres Ziel. So entlasten wir Familien mit geringem und mittlerem Einkommen und stärken Alleinerziehende. Außerdem beenden wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang des Einkommens ihrer Eltern und zwar durch eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung, die das Kindergeld und die Kinderfreibeträge ersetzt.

11. Welche konkreten Vorschläge unterbreitet Ihre Partei, um den Menschen mehr finanziell abgesicherte Selbstbestimmung über ihre Erwerbsarbeits- und Lebenszeit zu ermöglichen, zum Beispiel durch eine steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit?

Die grüne Zeitpolitik ermöglicht Menschen ihre Arbeitszeit beweglicher zu gestalten - gerade in Phasen, in denen sie Zeit für anderes brauchen. Sie hilft ihnen, alles gut unter einen Hut zu bringen. Wir schlagen einen Vollzeit-Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30 bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Korridors sollen Beschäftigte – unter Einhaltung von Ankündigungsfristen – ihren Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Nur dringende betriebliche Gründe sollen das verhindern können. Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden.

In der KinderZeit Plus sollen sich Eltern bis zu 24 Monate ohne Sorgen um ihren Nachwuchs kümmern können. Menschen, die Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige, Nachbarn oder Freund*innen übernehmen, sollen eine bis zu dreimonatige Freistellung erhalten können – die PflegezeitPlus. Mit einem auf das Einkommen zugeschnittenen Mix aus Darlehen und Zuschuss sollen Erwachsene, die sich weiterbilden wollen, mit der BildungszeitPlus unterstützt werden .

12. Das Grundeinkommen hat in den meisten Modellen, neben Armutsprävention und angestrebter selbstbestimmter Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Formen menschlicher Tätigkeit (Care-Arbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement), auch eine verteilungspolitische Funktion. Sieht Ihre Partei in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf und welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei diesbezüglich vor?

In einer inklusiven Gesellschaft gehören alle Menschen dazu, sind in die Gemeinschaft einbezogen

und niemand wird an den Rand gedrängt. Dieses Ideal möchten wir verwirklichen. Deshalb arbeiten wir für einen Sozialstaat, der dafür sorgt, dass alle Menschen gut abgesichert sind. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Es gibt eine starke Wirtschaft und eine breite Mittelschicht. Deutschland ist aber auch ein ungleiches Land. Arm und Reich haben sich in den letzten Jahren voneinander entfernt. Damit finden wir uns nicht ab. Wir haben ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, um diesem Trend entgegen zu wirken, von der Steuer-, über die Sozial-, Bildungs- bis hin zur Wohnungspolitik oder auch der Ausstattung der Kommunen. Hier etwas ausführlicher am Beispiel der Steuerpolitik: Niemand sollte in Armut leben und Wohlhabende einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Wir setzen uns für eine Schuldenbremse für Banken ein, damit künftig nicht mehr die SteuerzahlerInnen einspringen müssen, wenn eine Bank in Schieflage gerät. Wir wollen Steuersümpfe trocken legen und Steuerhinterziehung bekämpfen. Superreiche nehmen wir in die Verantwortung, indem wir verhindern, dass obszöne Managergehälter auch noch über die Betriebsausgaben von der Allgemeinheit mitfinanziert werden und indem wir über eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche Investitionen in die Zukunft ermöglichen.